

Kopie an Eidg. Pol. Dept., Politische Angelegenheiten, Bern

LÉGATION DE SUISSE

WASHINGTON 8. D. C.

H.354 - Re/mw

West-Ost-Handel

Den 17. September 1952.

aa
 P.A. 14.62.3.0.

M.V. *[Signature]*
 23.9
 M. *[Signature]*
 aa

Herr Minister,

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 11. September zu bestaetigen, mit welchem Sie mir zur Orientierung des Staatsdepartementes eine Aufstellung der schweizerischen Ostexporte fuer die einzelnen Warenpositionen der Internationalen Liste II in der Zeit vom 25. Juni 1951 - 30. Juni 1952 zustellten.

Gestuetzt auf Ihre Ermaechtigung gab ich den amerikanischen Behoerden die in der Aufstellung enthaltenen Zahlen bekannt unter der ausdruecklichen Bedingung, dass diese Angaben streng vertraulich zu behandeln seien. Die Mitteilung erfolgte am 16. September an Mr. Vance und Mr. Lyons, Sachbearbeiter in der westeuropaeischen Abteilung des Staatsdepartementes. Meine Gespraechspartner verglichen unsere Zahlen mit dem anlaesslich der Berner Besprechungen fuer Liste II-Waren festgesetzten Globalkontingent von 65 Millionen Franken und den anfangs dieses Jahres gemeldeten effektiven Exporten von rund 41 Millionen Franken im Jahre 1951. Sie zeigten sich von den verhaeltnismaessig geringen Ausfuehren in der Berichtsperiode guenstig beeindruckt. Die einzelnen Positionen gaben den Vertretern des Staatsdepartementes zu keinen besonderen Bemerkungen Anlass. Sie werden nun unsere Zahlen den zustaendigen Experten ueberweisen. Dass die Ausfuhr von Generatoren und Elektromotoren der Position 2265 "Rotating electrical machinery", verglichen mit den andern Warenpositionen, hoch sein wuerde, war hier von vornherein angenommen worden.

Von meiner Unterhaltung im State Department erhielt ich den bestimmten Eindruck, dass alle mit dem Berner Gentlemen's Agreement vom Juli 1951 vertrauten Regierungsstellen mit der Abwicklung unserer Ausfuhr von strategisch wichtigen Waren nach dem Osten hochbefriedigt sind. Das statistische Ergebnis unserer Exportuntersuchung zeigt, dass die vereinbarten Quoten nicht nur in keinem einzigen Fall ueberschritten wurden, sondern die Ausfuehren, dank der konsequenten schweizerischen Politik des "do ut des", ueberall weit unter dem liegen, was im Rahmen unserer Verstaendigung mit den Amerikanern haette geliefert werden koennen. Sowohl im State Department wie im Office of International Trade erklaeerte man mir, dass die Schrumpfung unseres Handels mit dem Osten, die aus der neuesten Aufstellung so eklatant in Erscheinung tritt, den Erfahrungen und der von der amerikanischen Delegation in Bern vorausgesagten Entwicklung entspreche. Aehnliche Erfahrungen seien auch

An die
 Handelsabteilung des EVD,

B e r n .

23. Sept. 1952 Sch

23 SEP. 1952

Dodis



in andern westeuropaeischen Laendern gemacht worden.

Trotzdem die Zahlen ueber unsere Ostexporte im ersten Jahre der Geltungsdauer des schweizerisch-amerikanischen Gentlemen's Agreement fuer die Amerikaner in einem so guenstigen Lichte erscheinen, ist das Staatsdepartement nach wie vor der Auffassung, dass es damit in der Zusammenarbeit zwischen den beiden Laendern nicht sein Bewenden haben koenne. Meine Gesprachspartner betonten im Gegenteil neuerdings die Wuenschbarkeit einer aehnlichen Regelung wie der letztjaehrigen in bezug auf die rund 40 Positionen, die seit den Besprechungen in Bern neu auf die Internationale Liste gesetzt worden sind. Sie lassen unsere Einwendungen, dass weitere Besprechungen und eine Ergaenzung des bestehenden Arrangements durch Einbeziehung der zusaetzlichen Listenwaren nicht noetig seien, nicht gelten und weisen darauf hin, dass es sich ja grundsaeztlich um gar nichts Neues, sondern lediglich um eine Fortsetzung des letztjaehrigen Gespraches handeln wuerde. Was die amerikanischen Behoerden in erster Linie interessiert und was das Staatsdepartement angeblich mit einiger Dringlichkeit fuer die fuer die West-Osthandelskontrolle verantwortliche Stelle des Security Policy Staff benoetigt, sind zuverlaessige Auskuenfte ueber die Bedeutung unserer Ostexporte von allen jenen Waren der revidierten Liste I, fuer die wir bis jetzt keine Angaben gemacht haben. Soviel ich feststellen konnte, steht eine Revision des Gentlemen's Agreement von 1951 im Sinne einer Reduktion der bereits bestehenden Quoten fuer einzelne Positionen nicht im Vordergrund der amerikanischen Begehren. Vielmehr scheint es den Amerikanern daran gelegen zu sein, ein Gesamtbild von unseren Ausfuehren auf der Basis der konsolidierten internationalen Listen vom 16. Mai 1952 zu erhalten. Diese revidierten Listen sind Ihnen bekannt. Es kann*angenommen werden, dass die Amerikaner sich nicht damit begnuegen, sondern versuchen duerften, von uns auch in bezug auf die neuen Positionen entweder Nichtexporterklaeerungen oder niedrige Exportquoten zu erreichen.

Unserem Argument, dass neue Gespraechе zwischen den beiden Regierungen - ganz abgesehen davon, dass diese in sachlicher Hinsicht ueberfluessig waeren - fuer uns aus politischen Gruenden unerwuenscht sind, koennte nach Auffassung des Staatsdepartementes unter Umstaenden dadurch Rechnung getragen werden, dass die Besprechungen lediglich zwischen einem Vertreter der amerikanischen Gesandtschaft in Bern und den zustaendigen Stellen der Handelsabteilung oder des Politischen Departementes gefuehrt wuerden. Anscheinend insistiert das Staatsdepartement nicht darauf, in dieser Sache wiederum eine Delegation nach Bern zu entsenden.

Im Staatsdepartement glaubt man sodann, dass neue Gespraechе auch die bestehenden Schwierigkeiten in bezug auf

./.

*aber

- 3 -

die Lizenzierung einer Reihe von beim OIT haengigen schweizerischen Exportantraegen beheben koennten. Wie Sie wissen, werden hier gegenwaertig mangels einer schweizerischen Nichtexporterklarung rund ein Dutzend Lizenzfaelle aufgehalten, fuer deren rasche Erledigung sich die Gesandtschaft einsetzt.

Schliesslich wurde ich von den Vertretern des Staatsdepartementes noch auf die unliebsamen psychologischen Rueckwirkungen aufmerksam gemacht, die eine starre Haltung der schweizerischen Behoerden in dieser Angelegenheit auf die verschiedenen am Osthandel interessierten Regierungaemter und auf den Kongress haben koennte. Mit einigem Nachdruck wurde betont, dass der befriedigende Ausgang der Uhrenzoll-sache, in der sich die Verwaltung mit grosser Energie fuer eine uns guenstige Loesung einsetzte, nie haette erreicht werden koennen, wenn nicht durch die letztjaehrigen Gespraechе in Bern auf dem Gebiete der West-Ost-Handelskontrolle eine Atmosphaere des Vertrauens und der Zusammenarbeit geschaffen worden waere. Das Staatsdepartement wuerde es bedauern, wenn dieses gute Klima durch unsere Weigerung, die Berner Diskussion hinsichtlich der neuen Embargopositionen fortzusetzen, getruebt wuerde. Gerade mit Ruecksicht auf die Moeglichkeit schweizerischer Waffen- und Kriegsmaterialkaeufe in U.S.A., die gegenwaertig von der schweizerischen Militaermission abgeklaert wird, sei es sehr wichtig, dass hier bei den Militaers und im Kongress die durch unsere loyale Zusammenarbeit geschaffene freundliche Stimmung erhalten bleibe. Bekanntlich muss die Regierung unter dem Mutual Defense Assistance Act, der fuer den Verkauf von Kriegsmaterial an fremde Regierungen massgeblich ist, jeden solchen Verkauf dem Foreign Relations Committee des Senates, dem Committee on Armed Services des Senates und des Repraesentantenhauses sowie dem Foreign Affairs Committee des Abgeordnetenhauses sofort melden. Auch wenn der Kongress in eine bereits stattgefundene Transaktion nicht mehr eingreifen kann, so besteht doch immer die Moeglichkeit, dass ein Kongressmitglied*ⁱⁿ einem Komitees oder im Kongress selber den Kriegsmaterialverkauf an ein Drittland aufgreifen und allgemein Schwierigkeiten machen kann, wenn es den Eindruck haben sollte, die betreffende Regierung helfe dem Kriegspotential des Ostens oder sei in bezug auf die West-Ost-Handelskontrolle "non-cooperative".

In diesem Zusammenhang informierte mich der Laenderbearbeiter fuer die Schweiz im Staatsdepartement ueber den Besuch des Congressman Battle in Bern und die nicht besonders befriedigend verlaufene Diskussion auf der Handelsabteilung. Das Staatsdepartement ist ueber den Ausgang dieses Gespraches, das es als ein "rugged meeting" bezeichnete, nicht gerade gluecklich. Es fuerchtet, Congressman Battle habe die schweizerische Situation nicht erfasst und koennte in seinem Bericht

./.

- 4 -

an das Foreign Affairs Committee an unserer Einstellung zum Osthandelsproblem Kritik ueben. Congressman Battle ist fuer die Verwaltung im Kongress sehr wichtig. Er ist ein prominentes Mitglied der demokratischen Partei im Foreign Affairs Committee des Repraesentantenhauses. Als Urheber des sogenannten Battle-Gesetzes (Mutual Defense Assistance Control Act) leistete er der Administration grosse Dienste, indem er, wie Sie wissen, das sehr weitgehende Kem-Amendment betr. Aufhebung der Europa-Hilfe in gewissen Faellen, das der Verwaltung grosses Kopfzerbrechen verursachte, erfolgreich bekaempfte und schliesslich durch sein eigenes flexibleres Kontrollgesetz eliminierte. Mr. Battle nimmt seine parlamentarische Funktion sehr ernst und soll die Durchfuehrung seines Gesetzes durch die Verwaltung eifersuechtig ueberwachen. Im Falle eines demokratischen Wahlsieges im November duerfte er im neuen Kongress eine wichtige Rolle spielen. Man nimmt auch an, dass er die Erfahrungen seiner Europa-reise spaeter bei allfaelligen Beratungen ueber gesetzgeberische Massnahmen auf dem Gebiete der Ostkontrolle verwerten werde.

Es waere aber falsch, den "Battle-incident" tragisch zu nehmen und ihm eine Bedeutung beizumessen, die ihm nicht zukommt. Das Staatsdepartement wird dies seinerseits jedenfalls nicht tun. Immerhin moechte es annehmen, dass der Vorfall unseren Behoerden einen Begriff gibt von den heiklen Problemen, denen die amerikanische Verwaltung im Verkehr mit dem Kongress andauernd begegnet. Er sollte, wie einer der Sachbearbeiter fuer West-Ost-Handelsangelegenheiten im State Department mir gegenueber meinte, als eine gute Illustration dienen, wie schwierig es sei, Parlamentariern vom Schlage eines Battle (und es gebe noch viel schlimmere) die Sonderstellung eines Landes wie der Schweiz und die wirtschaftlichen Beduerfnisse Europas zu erklaren. - Es wuerde mich interessieren, von Ihnen gelegentlich eine Darstellung der Aussprache mit Mr. Battle zu erhalten. Diese koennte mir dienen, falls die Sache hier spaeter wieder erwaeht werden sollte.

Genehmigen Sie, Herr Minister, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Schweizerische Geschaeftstraeger a.i.:

Im Doppel.

Kopie an
Eidg. Pol. Dept., Pol. Angelegenheiten.

Pour Mr. Minich Zehnder

Je me permets d'appeler votre
 attention sur les pages 3 et 4
 de ce rapport, qui traitent de
 l'incident Battle mentionné
 dans votre dernière lettre, dans le
 permis de vos remerciements provisoires.